

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Nüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergesparte Petzeile 40 Pf.

Schriftleitung:

Berlin O., Nüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. c. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 8 Uhr.

Nummer 8.

Berlin, den 21. Februar 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Eine Reichsversicherungsordnung. — Nach den Vorstandswahlen. — Jahresbericht des Bezirks Danzig. — Ein neues Produkt zur Erzeugung wasserdichten Mörtels. — Ausblick: Zur Frage der Arbeiterkontrolleure im Bergbau. In Wülfrath a. d. Ruhr. Abstiegsarbeiten. Den Gefallenen wollen wir ihm tun. Wie übertriebener Radikalismus wirkt. Der heile Bauhandwerkerbund vor dem Bankrott. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Berlin, Überseeb. Raum. Jahresbericht der Verwaltungsstelle Oberhausen. Rhumspringe. Warburg. München. Berlin. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Wahlen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

Eine Reichsversicherungsordnung.

Die vor Jahren schon angekündigte Reform der Arbeiterversicherung soll nun zur Tatsache werden. Die Notwendigkeit dazu ist schon seit Jahren erkannt, daß bei der Schwierigkeit der zu lösenden Aufgabe mit größter Vorsicht vorgegangen werden muß, liegt in der Wichtigkeit der Sache begründet. Die Bewältigung des ungeheuren Materials ist ebenfalls keine Kleinigkeit, und erfordert eine eingehende Detailkenntnis des gesamten Arbeiterversicherungsapparates.

In der Reichstagssitzung vom 5. Februar hat nun der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg orientierende Aufschlüsse darüber gegeben, wie die Reform der Arbeiterversicherungsgesetze aussehen soll. Reichsversicherungsordnung nennt sie der Herr Staatssekretär. Der eigentliche Entwurf wird in der nächsten Zeit dem Reichstag vorgelegt. Die beabsichtigte Reform sieht zunächst eine Modifizierung der bestehenden Versicherungsgesetze vor, das heißt sämtliche Gesetze sollen nunmehr in ein einziges zusammengefaßt werden. Damit kommt ein gemeinschaftlicher Unterbau zustande, der den Geschäftsgang erleichtert und ein besseres Hand-in-Hand-Arbeiten ermöglicht. Allerdings wird das Werk sehr umfangreich werden, da das ganze 1700 Paragraphen umfaßt. Ein einheitlicher Konsenzweg für die drei großen Versicherungen bei Streitigkeiten aus denselben soll geschaffen werden. Versicherungsmittel und Überversicherungsmittel. Damit soll zugleich eine Entlastung des Reichsversicherungsamtes herbeigeführt werden.

Eingreisende Änderungen wird die Krankenversicherung erfahren. Um der bestehenden Berßplitterung im Krankenkassenwesen entgegenzuarbeiten, sollen neben den Betriebskrankensassen nur noch größere Betriebskrankensassen und Innungskassen aufrechterhalten werden. Die Beiträge werden halbiert, also der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlt je die Hälfte, dafür will er den Arbeitgebern die Hälfte der Vertreter und der Vorstandsmitglieder geben. Der Vorsitzende der Kasse soll gewählt werden. Für die Krankenkassenwahlen wird die Verhältniszahl vorgesehen. Ferner soll das Verhältnis zwischen Ärzten, Apothekern und Krankenassen besser geregelt werden. Für bestehende Zwistigkeiten sollen Schiedsämter geschaffen werden. Ein bestimmtes Arztesystem ist nicht vorgesehen. Ferner soll der Kreis der gegen Krankheit Versicherten erweitert werden, und zwar auf Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, auf Haushaltbetreibende und auf ständige Arbeiter. Ohne Zweifel wird manche von vorgenommenen Reformen hartem Widerstand begegnen.

In der Unfallversicherung soll den Arbeitern die Mitwirkung an der Rentenfestsetzung gewährt werden. Weil „ihre Knochen zu Markte tragen“, müsse man das, wenn sie auch keine Beiträge zur Unfallversicherung beahnen, meinte der Herr Staatssekretär. Die Schaffung neuer Beitragssklassen in der Invalidenversicherung hält für wünschenswert, um dem Mittelstand, den kleineren Existenzien die Wohltaten des Gesetzes in höherem Maße zugedacht zu lassen. Die Durchführung jedoch hält er schwierig.

Ein neuer Versicherungszweig, die Witwen- und Saisonenversicherung, muß nach den Bestimmungen des Sozialgesetzes am 1. April 1910 in Kraft treten. Die Summen desselben seien sich zunächst aus den damals höchsten Zollsätzen für bestimmte Getreidearten zu entnehmen. Diese Summen werden jedoch, wie der Staatssekretär angab, nicht ausreichen, und sind dazu feste Beiträge des Reiches, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erforderlich.

So weit die Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs. Es müssen nun den Gesetzentwurf selbst abwarten. So steht fest, daß hier eine für die Arbeiter eminent wichtige Reform vorgenommen wird. Von ihrer glücklichen Lösung wird es abhängen, ob die jetzt so zahlreichen Fragen über unser Versicherungswesen verklungen.

Zum Licht empor mit klarem Blick
Ein Vorwärts stets, nie ein Zurück,
Ein frohes Hoffen, kühnes Streben
Und schnelles Handeln auch daneben —
Dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
Wer Großes will, erreicht auch viel.

P. Lindenbergs

Nach den Vorstandswahlen.

Die Vorstandswahlen sind nunmehr fast überall getätigkt. Mit ganz geringen Ausnahmen sind allerorts Veränderungen in der Zusammensetzung der Vorstandsmitglieder eingetreten. Neues Blut ist denselben zugeführt worden, das mühelos für den Gesamtorganismus des Verbandes sich betätigen soll. Das stellt Aufgaben und Pflichten. Die Erfüllung derselben setzt voraus, daß man eine richtige Auffassung und Kenntnis von ihnen besitzt.

Der Vorstand in seiner Gesamtheit ist Führer und Sachverständiger der örtlichen Organisation. Dazu ist er gewählt worden durch das Vertrauen der Mitglieder. Neben der Überwachung der statutarischen Bestimmungen des Verbandes, der Abwicklung der Kassengeschäfte, ruht auf ihm die Durchführung der Aufgaben der Organisation, deren Daseinszweck ist, die Interessen der Mitglieder nach den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaften zu vertreten. Aber auch der äußere Fortschritt der Organisation muß gefördert werden. Und das in der nachhaltigsten Weise, weil davon alle Erfolge wesentlich abhängen. Über die hier gekennzeichneten Aufgaben muß sich jedes Vorstandsmitglied klar sein. Nur dann weiß es, was es will, und was es soll.

Leider trifft das nicht immer zu. Neben der Unternutzung fehlt der gute Wille, sich das Verständnis und die Kenntnisse über die Aufgaben und Pflichten des Vorstandes anzueignen. Manche sind ja nicht wenig stolz darauf, ein Vorstandamt, das ein Ehrenamt ist, zu bekleiden. Aber ein Ehrenamt, d. h. für den Betreffenden, wird es doch nur dann, wenn er ein solches daran macht, und das liegt in der gewissenhaften Pflichterfüllung. Wie manchem Vorstandsmitglied tut ein gründliches Studium des Verbandsstatus notwendig. Ja, ja, wie manchem! Es könnten sonst unmöglich die vielen Verstöße gegen das Statut, oder Versuche dazu, vorkommen. Das Statut ist das Gesetz des Verbandes, an dem nicht gerüttelt werden kann und darf. Ohne fest umschriebene Rechte und Pflichten, die für alle Mitglieder ohne Ausnahme in gleicher Weise gelten, kann keine Organisation bestehen. Diese zu kennen, ist Pflicht eines jeden Vorstandsmitgliedes. Wenn wir hier von „jedem Vorstandsmitgliede“ reden, so geschieht das, weil sehr oft das eine auf das andere sich verläßt. Bei jenem aber ist das gleiche der Fall; die Folgen kann sich jeder denken. Ein Teil der Vorstandsmitglieder betrachtet sich meistens überhaupt für überflüssig. Das sind der zweite Vorsitzende, der zweite Kassierer und ehemaliger Schriftführer. Das tritt auch schon äußerlich in der Bekleidung des Vorstandstisches in die Erhebung. Eine solche Meinung ist durchaus falsch. Diese Vorstandsmitglieder sollen die ersten Leiter nicht etwa nur in Amtswohnlichkeit vertreten, nein, sie sollen sie ständig unterstützen, regelmäßig mitarbeiten, wie ja auch eine gegenseitige Ergänzung erforderlich ist. Der Gesamtvorstand muß sich in solidarischer Weise verbunden fühlen; das Interesse an der Sache, der innere Drang muß Antrieb und Leistung sein. Was immer auch getan wird, muß in einträchtiger Weise geschehen. Alle Vorstandsmitglieder sind in gleicher Weise für die vollkommenen Durchführung sämtlicher Verbandsfunktionen verantwortlich und den Mitgliedern gegenüber haftbar. Nur in harmonischem Zusammenarbeiten, und wenn jedes Mitglied des Vorstandes seine Pflichtigkeit erfüllt, ist auf wirklich ersprechliche Arbeit zu hoffen.

Eine ganz besondere Vertrauensstellung bekleidet die Revisoren. Wird aber ein Amt etwa so viel verlauten wie dieses? Leider ja! Die Revisoren werden nicht gewählt zur Staffage, sondern sie sollen das sein, was mit dem Namen Revisor wirklich gesagt ist, und das tun, was im Statut in ausdrücklicher und klarer Weise vorgeschrieben ist. Was hindert sie meistens, ihr Amt resolut auszufüllen? Eine unangebrachte Gutheit und eine zu große Vertrauensseligkeit. In dem Kassierer wird nur der gute Freund erlaubt, dem man persönlich mit einer österreicher oder unangemeldete Revision zunahme tritt. Wie verkehrt das ist! Nicht die Gutheit darf hier das Wort reden, sondern die Pflicht. Die Revisoren sind Kundschafter der Organisation. Ihr gegenüber haben sie sich durch Annahme der Wahl verpflichtet, und ihr gegenüber sind sie verantwortlich. Sie handeln nicht in persönlichen Interesse, sondern in dem der Mitglieder — und auch des Kassierers. Nicht alle Veruntreuungen von Verbandsmitgliedern, die vorkommen, können die Revisoren verhindern, aber doch einen erheblichen Teil und vor allem die Höhe derselben. Wie manche Kassierer sind sich vollständig selbst überlassen; niemand, weder ein Revisor noch ein anderes Verbandsmitglied kümmert sich um sie. Es entstehen kleine Fehlbeträge, die infolge mangelnder Kontrolle immer größer werden, sie können nicht mehr eingeholt werden und der Estat ist da. Trägt der Kassierer allein die Schuld? Keineswegs, die Revisoren sind mit schuldig. Sie haben das durch mangelnde Pflichterfüllung erst ermöglicht.

Aber auch Gründlichkeit der Revision. Nicht selten kommt es vor, daß eine halbe Stunde vor der Versammlung, in welcher der Kassenbericht gegeben werden soll, die Revisoren zur „Wartung ihres Amtes“ zusammenentreten. Sie verkünden dann, daß sie alles in bester Ordnung gefunden haben, unterschreiben mit größter Seelenruhe, und alles ist gut — nach ihrer Meinung. Wer das ist doch keine Revision. Zu einer solchen ist Zeit notwendig, und gehört dazu nicht nur die Prüfung des Markenbestandes vom alten Quartal, der neu hinzugekommenen, der hier von verlaufenen, sondern ob das dafür vereinahmte Geld auch wirklich vorhanden ist. Sogar die Münzförte muß festgestellt werden. Ferner ob Pünktlichkeit und Ordnung in der Buch- und Kassenführung herrscht, die Quartalsabrechnung richtig erledigt ist, usw. Über den ganzen Besuch der Revision wird dann ein Protokoll aufgenommen und dem Gesamtvorstand, nötigenfalls auch der Versammlung unterbreitet. Eine solche Handhabung ist die beste Pflicht- und Gewissenssärfung beider Teile, des Kassierers und der Kontrolleure. Das gute Herz aber lasse man zu Hause; Pflichterfüllung ohne Rücksicht auf die Person, damit dienst man dem wahren Wohl.

Legt darin eine Verleumdung oder ein Missbrauchsbotum gegen die Kassierer? Weilebe nicht. Im Gegenteil ist es für den pflichttreuen Kassierer eine große Ehre, wenn die Revisoren bei ihm alles in bester Ordnung finden. Und hat das nicht auch zu jeder Zeit seine Anerkennung gefunden und das gegenüberliegende Vertrauen erhöht? O ja, und das bringt Augenblische hoher Befriedigung für die im Interesse der Kollegen und des allgemeinen Wohles geleistete — sagen wir mühevoller Arbeit, denn das ist sie. Dann wird ein Amt zu einem richtigen Ehrenamt.

Jahresbericht des Bezirks Danzig.

Ein Jahr, reich an Mühe und Arbeit liegt hinter uns. Wir wollen daher noch einmal die wichtigsten Vorkommnisse unserer geistigen Auge vorüberziehen lassen.

Unter den Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges nahm das Jahr 1908 seinen Anfang. Der unfehlbare Gaß, die Wirtschaftskrise, hielt auch bis zum Schluß des Jahres treu aus und schädigte einen großen Teil unserer Kollegen. Etwas aber hat das die Kollegen gelehrt, nämlich wie nötig es ist, auch in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges treu zur Organisation zu halten. Schon im vergangenen Jahre war in den Orten Danzig, Boppo, Elbing, Marienburg und Telpzin eine schlechte Baukonjunktur, dieselbe hielt auch in diesem Jahre an. Beständig war dieselbe nur zu nennen in Neustadt, Tirschenreuth, Christburg, Czersk und in Marienwerder. Insoweit des Zuflusses von fremden Arbeitskräften war auch in diesen Orten die Arbeit schon vor Eintritt des Herbstes erledigt, so daß auch in diesen Orten die Kollegen unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatten.

Wie groß die Zahl der Arbeitslosen in den einzelnen Orten war, läßt sich nicht nachweisen. In Danzig wurde festgestellt, daß ca. 5000 Arbeitslose in allen Berufen vorhanden seien. Welche Not dadurch in den Familien herrschte, zeigt die hohe Zahl von 1826 Kindern, welche ohne Frühstück hungernd die Schule besuchten.

In diesem Jahre scheint es besser zu werden. Damit die Kollegen nicht allzu pessimistisch in die Zukunft zu blicken brauchen, erwähne ich den in Neustadt für 70 000 % veranschlagten Neubau des Kreishauses, wo bereits mit den Erdarbeiten begonnen wird, auch ca. 20 Privathäuser, die in Angriff genommen werden. In Boppo ist das zum Herbst neu zu erbaute Kur- und Logierhaus mit Anlagen mit einer Million Mark veranschlagt; in Langfuhr, neben der Privatbautätigkeit, die bereits begonnenen katholische Kirche; in Oliva steht in Aussicht die evangelische Kirche und die katholische Schule, und ein mit 800 000 % veranschlagtes neu zu erbauendes Frauenheim; in Neuschottland ist der Schulneubau mit 241 000 % veranschlagt, welcher bald begonnen werden soll. Ferner beginnen bereits die Erdarbeiten am Trihol zum Bau einer Hauptwerkstatt für die Eisenbahn.

Bemerkt muß werden, daß das Stadtverordneten-Kollegium für diese Arbeiten 25 000 % aus dem Extraordinarium des Hauptstaats zur Beschäftigung der Arbeitslosen bewilligt hat. Das waren die wichtigsten Arbeiten, welche in Danzig und in der nächsten Umgebung sicher in Aussicht stehen. Somit können auch die Bergzonen frischen Mut fassen, um mit an der Stärkung der Organisation zu arbeiten. Dies ist deshalb nötig, weil die schlechte Baufähigkeit nachteilig auf die Mitgliederbewegung eingewirkt hat. Vieles sind uns verloren gegangen, weil sie glaubten, wenn die Organisation keine sichtbaren Erfolge zeitigt, hat sie keinen Wert. Nur der mit reiferem Denken begabte Gewerkschüler erkennt auch den hohen Wert der Organisation in

der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges. Ist auch die Zahl der Mitglieder kleiner geworden, was ja zu bedauern ist, so kann doch auch hervorgehoben werden, daß es auch in diesem Jahre gelungen ist, unser Verband in sieben Orten neu einzurichten. Neugegründet wurden die Verwaltungsstellen Marienwerder, Elstalow, Czerni, Schöneberg a. W., Christburg, Deutsch Krone und Eichsel. In letzterem Orte waren wir noch schwach vertreten, doch ist seit der letzten Versammlung vom 29. November eine Erweiterung eingetreten. Von einer sozialdemokratischen „Größe“ war ein Teil der Kollegen gegen unseren Verband verheftet worden. Auch waren die fr. Gewerkschaften nicht „sozialdemokratisch“. In 22 Orten ist unsere Organisation vertreten, die in zwölf Verwaltungsstellen zentralisiert sind.

Den Stand der Mitglieder in den einzelnen Quartalen und Jahren zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Quartal	Bahnhofsstellen	Verwaltungsstellen	Mitglieder	Jahr	Quartal	Bahnhofsstellen	Verwaltungsstellen	Mitglieder
1906	II.	14	7	1275	1906	IV.	14	7	1298
1907	II.	18	11	1203	1907	IV.	27	8	1254
1908	II.	29	8	1199	1908	IV.	30	12	994

Dieses sind zugelassene Mitglieder. Daraus ist ersichtlich, daß trotz der neu gegründeten Verwaltungsstellen ein Rückgang von 260 Mitgliedern seit dem vierten Quartal 1907 zu verzeichnen ist. Diese Zahl rekrutiert sich aus den Bauhofsarbeitern, welche durch die schlechte Baukonjunktur in den Orten Neustadt, Zoppot und Oliva sich nach anderer Beschäftigung umsehen mußten. Diesen Verlust reicht bald durch neue Mitglieder zu ersetzen, wird die nächste Aufgabe aller Mitglieder sein. Es muß aber auch an dieser Stelle gesagt werden, daß in den meisten Orten es nur wenige Kollegen sind, die in punkto Agitation etwas leisten. Die meiste Zeit mußte in diesem Jahre verwendet werden, die bestehenden Verwaltungsstellen zu erhalten und zu verstetigen. Zu diesem Zwecke war der Bezirksleiter in 36 Versammlungen in Danzig und in 68 Versammlungen außerhalb anwesend, wo derselbe durch Vorträge verschiedenen Inhalts zur inneren Verfestigung beitrug; außerdem in Danzig in 10 Vorstandssitzungen und außerhalb in 18 Vorstandssitzungen zugegen. Ferner hielt derselbe Vorträge in zwei Kultur-Versammlungen in Zoppot, in einer Schneideversammlung in Danzig und in einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins in Langfuhr. Bei dieser Gelegenheit muß auch der schlechte Versammlungsbefund erwähnt werden. Es ist nicht bloß nötig, die Versammlung zu beschließen, wenn es gilt den Tarif zu erneuern oder den Streit zu beschließen, nein, ein tüchtiger Gewerkschafter besucht jede Versammlung und sucht sein Wissen ständig zu bereichern. Möge es im laufenden Jahre in dieser Beziehung besser werden. Betreffs der Kassenverhältnisse ist in manchen Orten eine Besserung eingetreten, auch ist die Buchführung in allen Orten eingeführt. In vielen Orten wird den Kassierern das Amt sehr erschwert. Zuächst durch das unpraktische Beitragssystem; ferner, daß sich gerade die häufigsten und tüchtigsten Kollegen weigern, das Amt eines Haussässierers zu übernehmen. Grade durch das unpraktische Beitragssystem gehen uns jährlich viele Kollegen verloren. Auch muß gestellt werden, daß es noch Bahnhofssässierer gibt, die trotz der vielen Anstrengungen nicht alle 14 Tage wenigstens mit dem Haussässierer abrechnen. Solche Sässierer machen sich mitschuldig, wenn durch deren Faulheit Unregelmäßigkeiten entstehen. Wer ein Amt übernimmt, der erhält auch gewissenhaft seine Pflicht, sonst ist es besser, er läßt die Finger davon. Wieviel von den einzelnen Beitragssystemen im Berichtsjahr verkauft worden sind, zeigt nachfolgende Tabelle:

Eintr.	Beitragssystemen	Arbeitsst.	Totalfonds	
à 50	à 50	à 45	à 40	à 35 à 30 à 25 à 20 à 10
430	7990	6246	3652	6105 6667
				4533 3095 10 809
				15 451,50
	Extramarken			
	151	18	66	13 180
				168,50
				Summa à 15 620,-

Davor verblieb in den Bahnhofsstellen an Prozente, zu schlag, Postamtmarken à 3 984,14

bleibt für die Hauptkasse die Summe von à 11 635,86

Da in den für unsere Organisation in Frage kommenden Orten der Tarif erst am 1. April d. J. abläuft, so wurden größere Lohnbewegungen nicht geführt. Ein Frühjahr gelang es durch das Vorzeigen der Organisation, für die Arbeiter an der Kanalisation in Ohra eine Lohnzehrung von 5 Pf. pro Stunde zu erzielen. Auch in Pr.-Stargard gelang es uns, mit den Arbeitgebern auf zwei Jahre einen Vertrag abzuschließen. Da der sozialdemokratische Verband uns nichts mitteilt, so waren wir gezwungen, allein den Tarif abzuschließen.

Der Streit der Dachdecker muß noch erwähnt werden, welcher höchstens verloren ging, weil seitens der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes die Einreichung der Lohnforderung vom 30. August bis 29. September in die Länge gezogen wurde. Dann wurde plötzlich der Streit vom Raum gebrochen. Doch dann die Signale den „Christlichen“ in die Schuhe geschoben wird,

Ein neues Produkt zur Erzeugung wasserdichten Mörtels.

Rachdruck verboten.

ATK. Es sind außerordentlich zahlreiche Versuche gemacht worden, wasserdichten Kalk- und Zementmörtel zu erzeugen, und namentlich die bedeutungsvolle Entwicklung des Betonbaus gab auf diesem Gebiete zu wichtigen Erforschungen Anlaß. Unter anderem sind verschiedene Verfahren bekannt geworden, den Zement und Beton durch Basaltsalze des Kalkes und des Aluminiums, oder durch Basaltsalze von Eisenlösungen zu dichten. Das betrügtliche Interesse hinsichtlich ihrer Einwirkungen auf das zur Herstellung des Betons dienende Eisen unter Umständen auch recht bedeutungsvoll werden können, in jenen von erfahrenen Ingenieuren betont worden; doch soll dieser besondere, nur für Eisenbeton in Betracht kommende Umstand hier nicht weiter berücksichtigt werden. Von größter Bedeutung ist es, daß diese Mittel nur unvollkommen wirken, und doch der beachtliche Zweck überhaupt nicht erreicht wird, wo man es mit einem hohen Wasserdurchlaß zu tun hat. Gerner hat man die Beobachtung gemacht, daß die Festigkeit des Zementes durch solche Salze auch beeinflusst wird.

Dr. Paul Weise in Stettin ist nun ein neues Verfahren zur Herstellung wasserdichten Betons und Zementmörtels patentiert worden, und zwar besteht dasselbe in der Herstellung einer komplizierten chemischen Verbindung, die ganz ungewöhnliche Eigenschaften aufweist. Es wird durch Kohlen gesättigter Kalkstein mit einer Lösung von Alkaliumsulfat und Kaliwasserstoff zusammengebracht, welche die

wenig durch das ungeschickte Vorgehen der „Moten“ der Streit verloren geht, finden wir verständlich. Auf den Übergangsstufen sozialdemokratischen Dachdeckerlädtchen einzugehen, ist hier nicht der Platz. Nur zu bedauern ist es, daß dadurch einem Teil unserer Kollegen großer Schaden entstanden ist.

Die übrigen Kämpfe waren Abwehrkämpfe, wo die Arbeitgeber nicht den tariflichen Lohn zahlten. Folgende Firmen kamen in Betracht: 1. in Danzig Maurermester Groos, 2. in Langfuhr Bauunternehmer Janzen, 3. in Zoppot Baugewerksmeister Moschall und Kupperschmidt, 4. in Neustadt Maurermeister Geiger. Außer Groos in Danzig und Kupperschmidt in Zoppot war das Vorgehen erfolgreich. Bei Groos konnte man von Seiten unserer Organisation nichts unternehmen, weil dort außer einem Kollegen von uns nur echte „Genossen“ arbeiteten und mit dem geringen Lohn zufrieden waren. In Zoppot bei Kupperschmidt, welcher die Arbeiter um einen Pfennig zu niedrig entloste, blieb der Kampf erfolglos, weil über die Hälfte nicht mehr der Organisation angehörten.

Lohnzehrungen traten in folgenden Orten ein:

Ort und Beruf	Lohnzehrung pro Std. Pfg.	Mitgliederzahl	II. Quartal
1. Danzig, Maurer u. Zimmerer	2	195	-
2. Danzig, Bauhofsarbeiter	3-5	136	-
3. Zoppot, Maurer, Jim. u. Arb.	2	389	-
4. Neustadt, Maurer, Jim. u. Arb.	3	195	-
5. Pr. Stargard	1	27	-

In vielen Orten Westpreußens herrschten noch arge Mißbräuche. Zum Beispiel müssen in Christburg die Kollegen noch

Bekanntmachung.

Mit dem 1. März beginnt wieder die beitragspflichtige Zeit; wir machen deshalb die Mitglieder darauf aufmerksam, daß auch für dieses Jahr ein Wechsel in der Markenfarbe eintritt und mithin nur die neuen Marken — blaues Feld mit roter Zahl — Gültigkeit haben.

Es liegt im Interesse der Mitglieder, daß sie sich keine alten Marken mehr kleben lassen, da dieselben bei Unterstützungsberichtigungen nicht mehr anerkannt werden. Auch etwa noch zu klebende Rückstände sind nur mit neuen Marken zu kleben.

Sofern noch Vertrauensmänner mit alten Marken austauschen sollten, weise man letztere nicht nur entschieden zurück, sondern man mache auch dem Centralvorstande Mitteilung davon, damit er die Angelegenheit weiter verfolgen kann.

Der Centralvorstand. J. A.: Jos. Wiedeberg.

zwölf Stunden arbeiten, in Danzig und mehreren Orten noch elf Stunden. Es wird noch viel Arbeit und Kämpfe kosten, um überall die zehnständige Arbeitszeit einzuführen. Daß dies nur durch geschlossenes Eintritt in die Organisation möglich ist, wollen die meisten Berufskollegen noch nicht einsehen. Es fehlt daher an Mitarbeitern zur Aufklärung. Zu bebauen ist, daß wir nicht eine gute Presse zur Seite haben. Das „Westpreußische Volksblatt“ ist das einzige Organ, welches unsere Gruppe aufnimmt. An sozialen Wahlen beteiligten sich unsere Kollegen in Danzig an der Wahl der Beisitzer zum Innungsgericht. Auf die christliche Liste entfielen 173 Stimmen. Da nur ein Wahllokal in Danzig zur Verfügung gestellt wurde, war es unsern Kollegen in Oliva, Zoppot und Neustadt unmöglich, sich an der Wahl zu beteiligen, und den „Sieg“ trugen diesmal die „Genossen“ davon. An wichtigen Ereignissen gäbe es noch viele anzuführen, doch dazu fehlt der Raum. Das Verhältnis zu den Genossen war, soweit die Mitglieder in Betracht kommen, lediglich zu nennen. Dafür verleumdeten der Genossen Grünhagen unsere Organisation und deren Führer um so mehr, so daß wir uns gezwungen sahen, ihm wegen Beleidigung zu verklagen.

Die geschäftliche Arbeit war kaum zu bewältigen, und bestand meist in Anfertigung von Plägen. Auch der schriftliche Verkehr war ein reger. Der Eingang betrug 294 Briefe, 296 Postkarten, 15 Drucksachen und 5 Telegramme. Der Ausgang, 405 Briefe, 410 Postkarten, 740 Drucksachen und 6 Telegramme.

Wenn trotz der Fülle von Arbeit so wenig Erfolge zu verzeichnen sind, so lag dies nicht am Willen, sondern in den wirt-

schafflichen Verhältnissen begründet, und ist daher kein Grund zur Entmutigung. Wir wollen alle im neuen Jahre da, wie es vorgesehen wurde, neu einzutreten, und an dem Rückwärtsblicken lernen. Allen Kollegen, welche redlich und ehrlich gearbeitet haben, sei hier an dieser Stelle nochmals gedankt, in der Bitte, auch im neuen Jahre mitzuarbeiten an der immer und äußerst stärkenden Stärkung unserer Organisation. Den Freunden zu Nutz und den Feinden zum Trotz, sei unsere Wunsch.

Rundschau.

Zur Frage der Arbeiterkontrolleure im Bergbau nimmt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ plötzlich eine auffallende Schwankung vor. Bekanntlich steht die dem preußischen Landtag zugegangene Berggesetzgebung Arbeiterkontrolleure vor, aus den an der bett. Betriebs-Beschäftigten entnommen werden sollen, die aber im Arbeitsverhältnis bleiben. Um Maßreglungen oder Sanktionen dieser Kontrolleure zu verhindern, sollen gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden. Nun waren gerade die Bechenbecker, die seither am schärfsten gegen die Arbeiterkontrolleure gestellt haben, besonders gesetzlich, die von den Arbeitern selbst gewählt werden sollten. Nun kommt plötzlich oben genanntes Organ her und erklärt sich für vom Staat beförderte Arbeiterkontrolleure, mithin unabhängig; das Wahlverfahren ist ihm gleich. Den Vorfall spricht der preußische Minister erklärt es für unökonomisch. Was steht hinter dieser plötzlichen Schwankung? Ist das die Meinung sämtlicher Grubenbesitzer? — Das kann man vorläufig nicht sagen; nach der seitherigen Stellungnahme kann es kaum erheblich gemeint sein. Warten wir daher ab.

In Mülheim a. d. Ruhr beschloß am 4. Februar das Stadtverordnetenkollegium zu hanfblichen Kosten eine Anleihe von 12 Millionen aufzunehmen. Unter den vorgesehenen Neubauten befinden sich der Bau einer neuen höheren Lehrauflage (Gymnasium und Realgymnasium), einer neuen Mühbrücke, einer Stellentreppe, eines neuen städtischen Schlachthaus einer städtischen Badeanstalt, eines Rathauses und die Anfahrt der Bahnhofsgebäude zu Mülheim (Ruhr) über neue Bahnführungen. Der Stadt Mülheim steht somit eine bedeutende Entwicklung bevor, da diese Anlagen auch die Privatentwicklung wohlstädtig beeinflussen dürften.

Absteifungsarbeiten an Nachbarhäusern nur im Tagelohn auszuführen streift die Baum-Zinnung, Bauhütte zu Hamburg an. Biederholz ist nämlich der Nebenstand empfunden worden, da die Absteifungsarbeiten zur Sicherung von Nachbarhäusern in den Submissionsakkord einzubezogen werden. Die Unberechtigkeit solcher Arbeiten und die mit diesen verbundene große Verantwortlichkeit machen es dringend nötig, solche Arbeiten aus dem Submissionsakkord auszuschließen und nur noch im Tagelohn auszuführen. Die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme soll den Architekten und Bauherren vorgeführt werden. Eine solidarische Verpflichtung der Zinnerei-Betriebes, die durch den Submissionsakkord bei Absteifungsarbeiten in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen werden, ist in Aussicht genommen. Der nächsten außerordentlichen Versammlung soll eine Resolution zur Beratung vorgelegt werden, daß Absteifungsarbeiten zur Sicherung von Nachbarhäusern künftig grundsätzlich im Tagelohn übernommen werden, und daß andere Absteifungsarbeiten je nach den Verhältnissen im einzelnen Falle zu behandeln sind, was als durchaus berechtigt zu bezeichnen verdiene.

Den Gefallen wollen wir ihm tun. Der „Arbeiter“, Organ von „Sitz Berlin“, berichtet in seiner Nr. 14 über den Januar d. J. stattgefundenen englischen Gewerkschaftstag, der sich auch mit der Schulfrage befaßte und mit 234 000 gegen 739 000 die religiöse laikale Erziehung forderte. Früher bereitete er die religiöse Schule. Die katholischen Delegierten wandten sich gegen den Antrag, drangen aber nicht durch. Nun wird jeder vernünftige Gewerkschafter sagen, daß solche Freiheit nicht vor einem Gewerkschaftstag gehörte, weil damit die Kompetenz überschritten wird. Wie die Engländer dazu kommen könnten wir nicht von hier beurteilen, jedenfalls wurde von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt. Wenn auch wie bereits früher bewiesen, derartige Anträge und auch deren Annahme bei den Engländern immer sehr problematischer Natur sind, werden sie darum nicht besser. Der „Arbeiter“ macht nur zu diesem Beschuß, davon wird man „wahrscheinlich“ deutlichen Blättern nichts erfahren, besonders dann, wenn es um solche Tages- und Gewerkschaftsblätter handelt, die bisher den englischen Gewerkschaften als „neutral“ und als ein „Vorbild für deutsche Gewerkschaften“ hingestellt haben. Das einzige Blatt! Was haben andere Gewerkschaften immer nur soweit als Vorbild gewollt, als wir sie mit unseren Grundfächern für einbar und für dieselben als vorteilhaft annehmen müssten. Weiter nicht. Seinen Mitgliedern unbedeute Dinge zu verschweigen, das tut doch nur höchstens der „Arbeiter“, z. wie über das Verbot in der Meier-Diözese, den Ausgang der Berggewerbegefechtswahl im Saarrevier usw. Über gegnerische

Aber die wasserabstoßende Kraft des neuen Präparates kommt nicht allein in Betracht. Es fragt sich auch, ob die Verbindungen die Festigkeit des Mörtels oder Betons beeinträchtigen vermögen. Da fällt es sehr ins Gewicht, daß ölsaurer Kalk und ölsauriges Aluminium über 90 Prozent Sulfat enthalten, und darauf ist jedenfalls die Herabsetzung der Festigkeit des Bindmittels zurückzuführen; aber das neue Präparat enthält etwa nur 2 Proz. Sulfat, woraus man entnehmen kann, daß die Eigenschaften des unter Zusatz dieses Präparates hergestellten Betons oder Mörtels nur ganz unerheblich beeinträchtigt werden können. Das neue Präparat ergibt nicht, wie die bisherigen gebräuchlichen Mittel, ein Pulver, sondern einen wässrigen Brei. Eine Verwendung des Präparates in Pulverform ist ausgeschlossen, da dasselbe nach dem Trocknen wie ich bereits erläutert habe, nicht mit Wasser benetzt und daher nicht mit Nassem Mörtel gemischt werden kann. Die Versuche haben vorzügliche Resultate ergeben. Eine Betonplatte von nur 1 Zoll Stärke widersteht auf einem Druck von 3 Meter Wassersäule infolge des Zusatzes dieses Präparates dem Andrang des Wassers und eine zwischen zwei Steinen hergestellte Mörtelschicht für welche das gleiche Produkt Verwendung fand, hebt die Kapillar-Affinität zwischen beiden Steinen vollständig auf. d. h. die Feuchtigkeit vermag innerhalb des Steines zur nächsten Stufe aufzusteigen. Auf diese Weise würde z. B. das Aufsteigen der Erdfeuchtigkeit und die Verbreitung des Niederschlagswassers im Mauerwerk vollständig verhindern können. Das Präparat istbrigens schon im Eintritt der Patentfrist ein ganzes Jahr lang durch Laboratoriumsversuche geprüft worden, so daß man die sehr ausführlichen Angaben des Erfinders bestätigen kann.

Versammlungen bringt das Blatt *Urgenheste Berichte*, wie z. B. über die Versammlung im Herbst in Berlin im Leo-Hospiz; angehende Berichtigungen über Unrichtigkeiten werden einfach zurückgefordert. Das ist die bekannte "Berliner" Objektivität. Nicht weil katholische Geistliche an der Spitze dieses Verbandes stehen, sondern trotzdem. Aber kommen wir zu den englischen Radikal-Unionen zurück. Früher waren diese wirklich neutral, es wird doch auch der "Arbeiter" nicht bestreiten wollen. Weichen sie nach deutchem Muster davon ab, nun, dann ist eben die Zeit zur Gründung von — — — christlichen Gewerkschaften gekommen. Zu "Fachabteilungen" werden die praktischen Engländer wohl kaum kommen. Und wenn sie gar erst den "Franz" mit seiner "Philosophie" kennen lernen, dann erst recht nicht. Dem "Arbeiter" aber geben wir den Rat, er soll seinen eigenen Mitgliedern gegenüber ehrlich sein. Es tut dringend not. Wenn er Beweise dafür haben will, wie sind gern bereit ihm seine Eltern aufzumachen.

Wie Abarbeiteter Mobilisierung wirkt. Unlänglich des sozialdemokratischen Bergarbeiterkongresses mit seinen radikalen Leidenschaften fragt die "Börsische Zeitung", was schub daran sei, daß die Sozialdemokratie zu solch einer Macht gelangen könnte. Sie gibt als Antwort: die Realität, die Staatskirche und das preußische Wahlrecht. Beweist dann auf andere Länder mit größerer Freiheit, an welcher der sozialdemokratische Gewerbe geprägt sei. Die "Kreuz-Zeitung" nimmt dem nicht zu. Sie erblieb andere Gründe dafür und sagt:

"Nur in Deutschland bestand und besteht die Möglichkeit, den Beistand von Staat und Kirche für die Sache der Arbeiter gegen die der Arbeitgeber zu gewinnen. Nur in Deutschland hat man es seither mit den sozialen Pflichten des Staates, der Kirche und der Gesellschaft wirklich ernst genommen. Die Aussicht, das Arbeiterinteresse zum ausschlaggebenden Moment in der Gesetzgebung und in der kirchlichen Praxis zu machen, betrachtet sonst nirgends aus der Welt, und diese Aussicht auf Erfolg hat den sozialdemokratischen Propaganda eine solche Kraft verliehen. Jetzt erleben wir die Gegenwirkung. Die Arbeitgeber verzichten darauf, Staat, Kirche und Gesellschaft für ihre Interessen gegen das der Arbeiter zurückzugewinnen und verlassen sich allein auf die Selbsthilfe. Ihre Organisation ist so gut wie vollendet, sie sind bereit, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen, und sie verlangen nur, daß der Staat sich nicht einmischt, die Gesellschaft mit ihrer Sympathie und Antipathie ebenfalls zurückhält, auch religiöse Empfindungen aus dem Spiele bleibent. Wie dieser Kampf auslaufen wird, das können wir nicht wissen. Wahrscheinlich nicht zugunsten der Sozialdemokratie. Es ist nicht so, wie die "Börsische Zeitung" es darstellt, als stände sich die aristokratische denkende Gesellschaft Deutschlands vor der proletarischen. Unter dem Einfluß dessen, was dort "Reaktion" genannt wird, hat sich die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung Deutschlands so vortrefflich entwickelt und so gute Erfolge gezeigt, daß wie ein Proletariat wie in England und Amerika kaum noch haben. Wir brauchen uns also auch nicht mehr vor einem Proletariat zu fürchten, das nichts zu verlieren, alles zu gewinnen hat. Sobald in einer umfassenden Kraftprobe zwischen der Organisation der Arbeitgeber und der sozialdemokratischen Führung der Arbeiter die Krise steigt, wird die suggestive Kraft der Sozialdemokratie gebrochen sein."

So malt sich hier die West. Angesichts der sozialdemokratischen Verhebung kann das nicht verwundern. Aber Vorwürfe kann das den Arbeitern kaum bringen.

Der gelbe Bauhandwerkerbund vor dem Bankrott. Am 26. Januar hielt der gelbe Bauhandwerkerbund in Berlin eine Generalversammlung ab, in der es sehr bunt zuging. Wie wir dem "Vorwärts" entnehmen, konnte ein Kassenbericht wegen der herrschenden Unordnung nicht gegeben werden. Einem Auschlußantrag gegen den früheren Vorsitzenden kam dieser durch freiwilligen Austritt zuvor. Der gelbe Führer, "Bürger" Leibus, hielt nach genanntem Blatt folgende Rede: "Werte Bürger! Ich habe Ihnen bei Abschluß des Vereins an das gelbe Kartell den Bürger Sandmann als ersten Vorsitzenden empfohlen, weil Sandmann persönlich mit Dr. Mielenz bekannt war. Somit fühlung mit dem Verbande der Baugeschäfte hatte und mir auch von Dr. Mielenz empfohlen wurden war. Hätte ich gewußt, daß Sandmann erst 21 Jahre alt ist, hätte ich entschieden abgetreten; ich hielt ihn für mindestens 28 bis 30 Jahre alt. Sandmann war für den Posten entschieden zu jung und unerfahren, dabei ist er zu egoistisch, zu selbstsicherlich. Sandmann hat uns seit dem Verbande der Baugeschäfte angeführt. Die Herren haben uns den Stuhl vor die Tür gesetzt; sie verlangen jetzt die 250 M. Darlehn zurück. Ich war heute abend dort, vorsichtig ungünzig empfangen worden. Meine Vorstellungen, daß der Verein jetzt nicht in der Lage sei, das Geld zurückzugeben, waren erfolglos. Sie müssen jetzt selbst vorstellen werden; weiter kann ich Ihnen keinen Rat geben. Man sagte mir noch, wir sollten wiederkommen, wenn wir 1000 Mitglieder hätten, dann wollen sie einen Tarifvertrag mit uns abschließen; bis dahin sollte man mit uns nichts mehr zu tun haben. Sandmann hat es verstanden, uns so herunter zu machen, daß wir ganz enttäuscht sind; wir müssen versuchen, die Gunst der Herren wieder zu bekommen." — Das sieht allerdings sehr traurig aus. Im "Bund", dem Organ der Gelben, freut sich Leibus allerdings über den "guten Ton" in der Versammlung. Für die Gelben ist eben im Baugewerbe kein Boden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: die Firma Jensen in Benrath b. Düsseldorf, die Firma Evers in Neukirchen b. Münster, wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages, Hannover (Stuttgarter Ludwigshafen (Bimmerer)). Zugang ist fernzuhalten.

Bericht Hannover.

Hannover, 14. Februar. Die Firma Berger & Co. aus Bromberg, welche hier an der Umgehungsstraße Arbeiten ausführt, bezahlt den Maurern einen Stundenlohn von 52 Pf., wogegen hier der Tarif 62 Pf. pro Stunde vorliegt. Verhandlungen, welche zur Einhaltung des Tarifes angebahnt wurden, wurden zurückgewiesen. Es wurde daher die Sperrt über diese Firma verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Bericht Münster.

Unternehmerterror. Das dem Arbeiter gesetzlich festgelegte Recht der Freizüglichkeit haben bis jetzt nur die Unternehmer der Großindustrie durch Abmilderungen untereinander teilweise ihren Arbeitern geraubt. (Schwarze Läden usw.) Seit langen auch Unternehmer im Baugewerbe an und versuchen es, die Arbeiter durch die Hungerpolitik gefügig zu machen.

In Emmerich, einem Ort im Münsterlande, haben die dortigen Unternehmer, soviel sie Mitglied des Arbeitgeberverbundes sind, unter sich eine Vereinbarung getroffen, daß die Arbeiter, welche bei einem Unternehmer aufhören oder entlassen werden, bei einem anderen Unternehmer erst nach einem zweiten Betrieb eingestellt werden. Die Bestimmungen der Verabredung hören die Herren nicht, wie nachfolgendes

bräuchlich beweist. Am 18. Januar löste ein Mitglied unseres Verbandes beim Unternehmer Klümppermann in E. das Arbeitsverhältnis, nachdem er sechs Jahre im genannten Geschäft tätig war. Vorher hatte er sich um andere Arbeit umgesehen, erhielt auch solche mit der Genehmigung, wenn die Papiere "rein" sind. Der Kollege antwortete, ja, wenn es nicht ganz bestimmt ist, daß ich Arbeit bekomme, dann bleibe ich wo ich bin; denn ich habe noch Arbeit; darauf sagte der Unternehmer: kommen Sie nur, ich habe bestimmt für Sie Arbeit. Als der Betreffende jedoch seine Papiere holte, händigte ihm Herr Klümppermann einen Entlassungsschein aus, an dem die untere linke Ecke abgeschnitten war (!!!). Dem Verlangen des Arbeiters nach einem anderen Entlassungsschein wurde nicht entsprochen. Als er nun zum anderen Unternehmer kam, wirkte diese abgeschnittene Ecke Wunder; denn als man sie erholte, wurde unserem Kollegen trotz der vorher so fest versprochenen Arbeit gesagt, daß man ihn leider nicht einzstellen könnte; und so ist er heute arbeitslos. Ein anderes Mitglied unseres Verbandes, das ohne sein Vertröben bei selbiger Firma dem Polier Höting beim Verlustbau mit einem Brett eine Verletzung am Gesicht beigebracht hatte, wurde vom Unternehmer sofort entlassen, trotzdem feststeht, auch durch Zeugen erwiesen werden kann, daß den Polier mehr Schuld an der Verletzung traf, als den in Frage kommenden Arbeiter. Ferner der Polier den Arbeiter zu misshandeln suchte, was nur durch das Dazwischenstreiten anderer Arbeiter, die den ganzen Vorfall beobachtet hatten, verhindert wurde. Auch dieser erhielt einen Entlassungsschein mit fünf Ecken; selbiger ist auch noch bis heute auf Grund dieser Kennzeichnung arbeitslos. Einem dritten Arbeiter derselben Firma wurde, als er seine Papiere holte, die Frage gestellt, ob er die Abmilderungen einnehme. Auf seine Antwort mit Jawohl, besonders wenn die Abfertigung fünf Ecken hat, erhielt er einen Entlassungsschein wie er nach der Gewerbeordnung sein muß, also nicht mit fünf, sondern mit vier Ecken, und sofort konnte der Betreffende bei einem anderen Unternehmer Arbeit erhalten. Als befragter Bauunternehmer vor kurzem seitens der Organisationsleitung gefragt wurde, ob er den Arbeitern den Schaden ersetzen wolle, der diesen durch die abmildernden Maßnahmen entstanden sei, suchte derselbe sich mit der höchst lächerlichen Aussrede zu rechtfertigen: "Ich will keine Arbeiter brotlos machen, die abgeschnittenen Ecken sind keine Kennzeichnung, ich habe eine ganze Anzahl Entlassungsscheine, teils mit, teils ohne abgeschnittene Ecke, und stellen wir dieselben so aus wie sie uns gerade in die Finger fallen!" — Wer lacht da? Unsere Kollegen haben nun sowohl Schadenersatzklage, wie auch Strafantrag gegen die Firma gestellt. Wir wollen sehen, ob die Bestimmungen der Gewerbeordnung nur für die Arbeiter da sind, oder auch für die Unternehmer. Wir werden später über den Ausgang dieser Angelegenheit noch genauer berichten. Vorstehendes zeigt wieder deutlich, wie die Unternehmer teilweise glauben, die Arbeiter lebt ihre Macht fühlen zu lassen; zeigt ferner deutlich, wie notwendig zu jeder Zeit die Geschlossenheit der Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber dem Unternehmer ist. Das eine mögen sich die Herren gefragt sein lassen, welche jetzt glauben, daß die Zeit zur Schikanierung der Arbeiter besonders ungünstig ist, daß Druck Gegenwart erzeugt, und sie nachher kein Recht haben sich darüber zu beschweren, wenn ihnen seitens der Arbeiter mit gleicher Münze heimgezahlt wird. Wir alle mögen jedoch aus vorstehendem die Anwendung ziehen, daß von dem Augenblick, wo keine starke Arbeiterorganisation der Arbeiter das Baugewerbe vorhanden ist, die Unternehmer willkür keine Grenzen kennt, und dieselben die Arbeiter als Spielzeug ihrer Launen betrachten würden. Deshalb auf Kollegen allerorts, zu energischer Werbearbeit für unsere Organisation!

Bericht Karlsruhe.

Ludwigshafen a. Rh. Die hiesige Zimmermeister-Vereinigung teilte am Samstag, den 30. Januar, allen hiesigen Binnvereinen mit, daß am Montag, den 1. Februar, der Stundenlohn von 60 Pf. auf 55 Pf. reduziert werde. Wer dafür nicht arbeiten will, könne aufhören. Es ist den Herren nicht genug, daß die Zimmerleute Ludwigshafens schon sehr stark unter der hier herrschenden Arbeitslosigkeit zu leiden haben, nun sollen sie auch noch mit Lohnabzug bedacht werden. Wie begreiflich, hat diese Maßnahme der Arbeitgeber große Erbitterung unter den Zimmern verursacht, und man ist sich dahin einig, daß diejenigen Anstreben der Zimmermeister mit aller Energie begegnet werden müssen. Zugang ist deshalb von Ludwigshafen streng fernzuhalten.

Bericht Darmstadt.

Darmstadt (Westpr.). Am 22. Dezember kündigte der Arbeitgeberbund uns unserer bis zum 1. April d. J. laufenden Arbeitsvertrag mit der Bemerkung: "Wir überlassen es Ihnen, uns Ihre Forderungen für das nächste Jahr einzureichen". Am 28. Dezember reichten wir den Arbeitgebern einen von uns entworfenen Arbeitsvertrag ein. Gefordert wird für Maurer und Zimmerer 50 bzw. 48 Pf. für Bauhilfsarbeiter 38 bzw. 35 Pf. Stundenlohn. Bei den teuren Lebensverhältnissen und dem Saisoncharakter unseres Gewerbes wird man diese Forderung nicht als zu hoch bezeichnen können. Unsere Herren Arbeitgeber waren aber ganz anderer Meinung. Am 20. Januar sandte der Arbeitgeberbund uns einen von ihm ausgearbeiteten Vertrag zu mit dem Bemerkten, überhaupt nur auf Grundlage dieses Entwurfes mit uns verhandeln zu wollen. Als dieser Entwurf in der Versammlung am 25. Januar bekanntgegeben wurde, rief er bei den Kollegen große Entrüstung hervor. Die Arbeitgeber wollten die ohnehin sehr niedrigen Löhne, welche für Maurer 46 und 44 Pf. für Zimmerer 44 und 42 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 29 und 27 Pf. pro Stunde betragen, noch um 4 Pf. reduzieren. Dieser gefährte Lohn soll nur für "vollleistungsfähige" und hiesige Arbeiter, welche also in Neustadt wohnen, gültig sein. Ferner soll ein Tag Arbeitslohn als Rantion für genaues Einhalten des Tarifs einzuhalten werden, obgleich der Lohn für den Löhntag sowieso einzuhalten wird. Des weiteren soll die halbe Stunde früher Arbeitsschluß am Löhnungstage, sowie die Abzugszahlung, die jeden zweiten Sonnabend stattfindet, der zwischen zwei Löhnungen fällt, wegfallen. Doch auf jeder Baustelle eine Bambude und ein Abort sein muß, ist in diesem "Brachivertrag" auch nicht bemerkt, also soll auch diese Bestimmung wegfallen. Einstimmig wiesen die Kollegen derartige Verschlechterungen zurück. Hiermit zeigen die Arbeitgeber wieder, daß sie Herr im Hause sein und bleiben wollen, und der Arbeiter soll sich den von ihnen angeordneten Lohnsätze fügen. Dieser Herrenstandpunkt ist aber ungerechtfertigt; denn der Arbeitgeber ist ja zwar Herr in seinem eigenen Hause und über sein Kapital, nicht aber über die Arbeitskraft der Arbeiter. Gleichwie der Arbeitgeber über sein Kapital nach Belieben verfügen kann, so ist es das ureigenste Recht des Arbeiters über sein Eigentum, die Arbeitskraft zu verfügen; denn Eigentumsrecht und Verfügungsrecht sind unzertrennbar verbunden. Zwecks Abschließung eines Vertrages stand am 5. Februar eine Verhandlung unserer Lohnkommission mit den Arbeitgebern statt, die jedoch nicht zur Einigung führte. Es wurde von unserer Versammlung am 9. Februar einstimmig beschlossen, die alte Forderung aufrecht zu halten. Und nun Kollegen von Neustadt und Umgegend, für uns gilt es jetzt, die wenigen Indifferenzen heranzuholen, um die eingeleitete Lohnbewegung zu einem für uns günstigen Ende zu führen. Halte fest und treu zur Organisation, denn das ist der beste Schutz gegen die Willkür der Arbeitgeber.

Der Menschheit größte Bauberkrat
Steat im vereinten Streben.

Verbandsnachrichten.

Wenige über wichtige Versammlung beschlossene und sonstige Vorankündigungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Zimmerer.

Berlin, 3. Februar. In unserer Generalversammlung wurde nach erstauntem Jahres- und Kassenbericht festgestellt, daß unsere Mitgliederzahl um drei gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Den Präsiertor wurde Entlastung erteilt und zur Vorstandswahl übergegangen. Kamerad Glürmer forderte die Kameraden zu plünftlicher Beitragzahlung und regelmäßiger Versammlungsbefreiung auf.

Ebersfeld. Am 5. Februar tagte hier eine von uns elbenfeste Protestversammlung. Am 18. Januar stellte nämlich in einer sozialdemokratischen Gewerbegerichtswahlerversammlung der sozialdemokratisch organisierte Zimmerer Jung die Behauptung auf, die "freien" Zimmerer hätten deshalb nicht an den gemeinsamen Sitzungen mit den übrigen Bauarbeiterorganisationen teilgenommen, weil die Christlichen dabei gewesen wären. Letztere hätten das Resultat der gemeinsamen Konferenzen verkannt. Auch dichtete er die bekannte Pinselgeschichte bei den Verhandlungen in Berlin unserer Vertreter an. Ein wahrheitsliebender Mensch beweist nun aber auch seine Behauptungen. Über das hat der Parteischüler Jung nicht notwendig diese Mühe spart er sich. Um sein Verleumdungsgeschäft zu lennen zu können, beriefen wir die Protestversammlung ein. Die durch Einschreibebrief eingeladenen "Genossen" Jung, Voith und Busch waren mit ihrem Anhang erschienen. Nicht aber, um nun das zu beweisen, was sie uns nachsagten, sondern, um die ihnen unbekannte Versammlung zu sprengen. Als Gegenreferent sich zu stellen, dazu hatten die Verleumder keinen Mut, sie schauten vielmehr den sattjam befaßten Muhs aus Köln vor. Die Genossen führten sich derartig auf, daß ihnen das Vital verwehrt werden mußte. Um 1/21 Uhr kame Kollege Lange mit seinem Referat beginnen. In kräftigen Worten schiederte die Verleumding des "Genossen" Jung, der es mit seiner „e“ vereinbaren könne, die schwerwiegendsten Vorwürfe gegen eine Organisation zu richten, ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür erbringen zu können. Die Behauptung sei eine so ungeheuerliche, daß sie geeignet sei, daß notwendige, gemeinsame Handeln bei den großen Lohnbewegungen der Zukunft unmöglich zu machen. Eine solche Verleumding könne sich die christliche organisierte Arbeiterschaft nicht gefallen lassen. Der sozialdemokratische Zimmererverband habe bei der großen Lohnbewegung im Jahre 1908 ein eigentliches Verhalten an den Tag gelegt. Während nämlich der Zentralverband christlicher Bauhandarbeiter und Bauhelfsarbeiter Deutschlands und die sozialdemokratischen Verbände der Maurer und Bauhelfsarbeiter in gemeinsamen Konferenzen, in voller Einigkeit die Forderungen und Taktik beraten haben, trieb der sozialdemokratische Zimmererverband Eigenbrüderlei, indem der selbe Konferenzen abhielt. Daher sei es vorgekommen, daß keine Einheitlichkeit in den Forderungen geherrscht habe. Es stellten unter anderem die Maurer und Hilfsarbeiter in Mitteldeutschland eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit, die durch eine besondere Denkschrift begründet war. Die Zimmerer hingegen nicht. Im rheinisch-westfälischen Gebiet hielten es die Maurer und Hilfsarbeiter nicht für ratsam, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Hier forderten sie dann die Zimmerer. Diese Eigenbrüderlei des Zimmerer-Verbandes habe abstoßend bei den Verhandlungen gewirkt und sogar dahin geführt, daß die beiden Redakteure des "Grundstein" und des "Zimmerer", Bäplom und Bringmann, einen persönlichen Zwist am Gericht ausgetragen hätten. Es versteht sich daher die Frage auf, welche Absicht den sozialdemokratischen Zimmererverband bei dem eigentlichem Verhalten bestimmt habe. Kollege Lange gab hierfür folgende Gründe an: Der sozialdemokratische Zimmererverband lebte zum Teil bisher von den Kämpfen der übrigen Bauarbeiterorganisationen. Die Erfolge, die diese errungen hatten, brachten dem Zimmererverband die Möglichkeit, ebenfalls Tarife abzuschließen, ohne daß der selbe große Opfer zu bringen brauchte. Dieses bestimmte den sozialdemokratischen Zimmererverband, bei der großen Bewegung, sich eine Hintertür offen zu halten. Daher sei der selbe bei der Festlegung einer gemeinsamen und einheitlichen Taktik aus dem Wege gegangen. Dann aber auch fäme in Frage, daß der sozialdemokratische Zimmererverband infolge der Arbeitslosenunterstützung in bezug auf Lohnkämpfe stark mattgesetzt sei. Dies seien die wahren Ursachen. Um nun bei den eigenen Mitgliedern dieses eigentliches Verhalten zu rechtfertigen, braucht der "Genosse" Jung den Trick, den Christlichen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Die Herren von der sozialdemokratischen Parteischule wissen, daß wenn etwas bei ihnen nicht stimmt, sie dann nur auf die Christlichen zu schimpfen brauchen, um so die Kritiker zu beruhigen. Kollege Lange meinte weiter, daß der "Genosse" Jung durch seine Verleumdungen das notwendige vertrauliche Wirken in dem Einigungsamt für das Bergland zerstört, sam dann auf die Notwendigkeit und Erfolge der christlichen Gewerkschaften zu sprechen und schloß mit der Aufforderung, wie bisher weiter für die christlich-nationale Arbeitersbewegung zu streben. Wir müssen es uns verlagen, auf die Feststellungen, die unsere Kollegen in der Diskussion machten, einzugehen. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. (Anerk. d. R.: Wird der "Genosse" Jung den Vorwurf der Verleumding auf sich legen lassen? Er hätte jetzt Gelegenheit, seine Behauptungen gerichtet zu beweisen.)

Maurer.

Rauort (Westerwald). Sonntag, den 17. Januar fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche von allen Kollegen und einigen unorganisierten Besuchern besucht war. Vor der Versammlung war von zwei Kollegen aus Niederdorf Hausagitation vorgenommen worden, wobei sich einige Kollegen aufzuhören ließen. Kollege Hesse, der als Referent erschien war, widmete zunächst dem verstorbenen Kollegen Johann Schröder, welcher Gründer und Haustäffer war, einen warm und innig gehaltenen Nachruf, wobei derselbe die Mitglieder ermahnte, den verstorbenen Kollegen sich jetzt zum Vorbild zu nehmen, und ging alsdann zu seinem Vortrag über den Wert der Tarifverträge über. In den Ausführungen wurden besonders die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen beleuchtet, die im Neuwieder Gebiet arbeiten. Seit Sommer 1907 stehen die Kollegen mit den Unternehmern in Verhandlungen, die wohl im Herbst 1907 zu einem günstigen Vertrag für die Kollegen führten könnten, aber durch die Haltung der Führer der "freien" Maurer vereitelt worden sind. Im Jahre 1908 sah die Konjunktur auch dort ein, und ein großer Teil der Kollegen ist aus dem Verbande ausgetreten. Die Weilersburger Kollegen (etwa 70—80 Mann), die sämtlich im Neuwieder Gebiet arbeiten, waren alle unorganisiert und konnten somit nichts ernsthaftes unternehmen. Im Herbst 1908 fanden abermals Verhandlungen mit den Unternehmern statt, die selbst das Bedürfnis verspürten, einen Vertrag, aber nur einen für sie günstigen, zu schließen. Dasselbe Schreiben müssen aber auch die Kollegen an den Tag legen, indem sich dieselben immer mehr der Organisation anschließen. Nur an den unorganisierten Kollegen hat es zum größten Teil gelegen, besonders an den Weilersburger, daß die Verhandlungen bis jetzt zu keinem günstigen Abschluß kamen. Darauf ließen sich drei Kollegen aufnehmen, so daß nur noch vier unorganisierte am Orte sind, die wir aber ebenfalls noch zu gewinnen hoffen. Zu Punkt "Beschließendes" wurde über das Begräbnis des Kollegen Schröder beschlossen, daß kollegial an denselben zu beteiligen und die Beigeträger zu

stellen, was denn auch geschehen ist. Auch die Kollegen vor Grönberg, wie auch die Karamarbeiter, beteiligten sich daran. Der Tod und das Begegnis des Kollegen Schröder gab auch manchen freien organisierten Kollegen zu denken, so daß diese nun ebenfalls gewillt sind, sich unserem Verbande anzuschließen.

Jahresbericht der Verwaltungsstelle Oberhausen. Während wir im Jahre 1906 von dem wirtschaftlichen Niedergang weniger merkten, stand demgegenüber das Jahr 1907 und 1908 in außerordentlich hohem Maße im Beleben der Depression. Außfallend ist das Auftreten im Bauen der Bauhandwerker in unserer Verwaltungsstelle. Nach Feststellung ist das vergangene Jahr das ungünstigste der letzten drei Jahre gewesen. Es waren beschäftigt im Stadtbezirk Oberhausen 1906: 65 Poliere, 449 Gesellen, 399 Bauhilfsarbeiter, 59 Lehrlinge. Summa: 972 Bauhandwerker. Organisationsverhältnis war folgendes: Christl. Maurer und Bauhilfsarbeiter 264, im freien Verbande 142. Im Jahre 1907 hatte man nach einer im September aufgenommenen Statistik folgendes Stellat: in 32 Arbeitsstätten waren beschäftigt 38 Poliere, 310 Gesellen, 412 Hilfsarbeiter, 37 Lehrlinge. Gesamtsumme: 797. Weniger 1908. Organisationsverhältnis war folgendes: Christl. 242 Maurer und Bauhilfsarbeiter, im freien Verbande 117 Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Nach einer im August 1908 aufgenommenen Statistik waren beschäftigt an 42 Arbeitsstätten 33 Poliere, 280 Maurer, 310 Bauhilfsarbeiter, 15 Lehrlinge, Gesamtsumme von 638 Bauhandwerker, weniger wie im Vorjahr 159. Organisationsverhältnis war: Christl. 176 Maurer und Bauhilfsarbeiter, im freien Verbande 77 Maurer und Bauhilfsarbeiter. Das bedeutet nach der im Hochsommer 1906 aufgenommenen Statistik innerhalb zwei Jahren im Stadtbezirk Oberhausen eine Abnahme von 334 Bauhandwerker. Dasselbe Bild des Rückgangs in der Konjunktur ergibt sich auch aus allen anderen Bahnhöfen. Ein Beispiel: Hatten wir doch im Jahre 1907 am Schlusse des dritten Quartals in der Bahnhofstelle Osterfeld eine Mitgliederzahl von 90 und eine Einnahme für die Zentralkasse von 650,32 M. zu verzeichnen, so zeigt sich das Bild etwas anders am Schlusse des dritten Quartals 1908, eine Mitgliederzahl von 19 und eine Einnahme von 94,60 M. Im vierten Quartal 1908 hob sich die Konjunktur auf einem dort in der Nähe gelegenen industriellen Werke und wir hatten wieder eine Einnahme von 213,55 M. Zu der Verwaltungsstelle Oberhausen gehörten im Jahre 1907 am Schlusse des zweiten Quartals 10 Bahnhöfe mit einer Mitgliederzahl von 985, eine Einnahme wurde erzielt für die Zentralkasse von 4165,71 M. Im Jahre 1908 hatten wir in 10 Bahnhöfen eine Mitgliederzahl am Schlusse des dritten Quartals von 607, eine Einnahme für die Zentralkasse von 2520,40 M. eine Einnahme für die Zentralkasse im Jahre 1908 von 7314,34 M.; zu bemerken ist hier, daß die Einnahmen der engeren Verwaltungsstelle Emmerich im ersten Quartal hier nicht mit eingerechnet ist. An Kranken-, Sterbe- und Gemahnenunterstützung für die Kollegen der Verwaltungsstelle Oberhausen wurden verausgabt 413,25 M.

Aufgenommen wurden im Jahre 1907 in der Verwaltungsstelle Oberhausen 846 Kollegen, im Jahre 1908 nur 264. Die große Aufnahme im Jahre 1907 ergibt sich daraus, weil ein großer Teil der Organisation bisher noch fernstand. Im Jahre 1908 fanden 87 Mitglieder, 13 öffentliche Versammlungen, 32 Vorstands-, 14 Baudelagierten-, 25 Haussässer- und eine Bezirksvorstandshilfe statt, eine Sitzung mit der gegnerischen Organisation. Angefertigt wurden 11 Gewerbegerichtsakten, wodurch ein Erfolg wie nachstehend zu verzeichnen war: für einen Kollegen 11 M., zwei Kollegen je 16 M., ein Kollege mit 4,15 M., ein Kollege mit 5,30 M. mit Bezug auf, zum Teil konnte man eine Vertretung stellen. Wegen Einhaltung des Sohnes wurden fünf Schriftstücke angefertigt, wodurch die Kollegen 47,45 M. erhalten und Wiederaufnahme ins Arbeitsverhältnis. Auch mußten einige Reklamationen angefertigt werden, welche zum Teil mit einer Rente für die Kollegen endeten. Ferner 17 Steuerreklamationen und ein Gesuch um Niederschlagung eines Steuerbeitrages. Der Arbeitsnachweis wurde in 235 Fällen in Anspruch genommen, 142 Maurern, 61 Bauhilfsarbeitern wurde Arbeit und 32 Kollegen Bogen nachgewiesen. Auch die Korrespondenz war eine rege. Erreichten sind 220 Poststücken und 53 Briefe. Ausgegangen sind 386 Drucksachen, 162 Briefe und 153 Postkarten, 5 Einschreibebriefe, ein Telegramm. Drei soziale Wahlen fanden statt, in allen drei siegte die christliche Liste, obwohl die gegnerische Organisation und deren Führer das unmöglichste leisteten in punkto Niederträchtigkeit in der Agitation. Es half aber alles nichts. Der Herr von der Bellermannstraße blamierte sich so gut wie er konnte, und heute phantasiert er sogar noch von „Ruddel-Rubbel“, anscheinend hat er in der Ruddel-Müddel-Schule einen Kursus durchgemacht. In der Einhaltung des Tarifvertrages haben die Oberhauser, Osterfelder und Siekerader Arbeitgeber ein Haar gefunden, in den legitimenen zwei Orten steht jenseitig nur auf dem Papier, hoffentlich gelingt es uns in diesem Jahre unsere Bahnhöfe dorthin so zu stärken, daß wir zur gegebenen Zeit auch mal hier die Art an die Wurzel setzen können. In Oberhausen haben wir bei wenigen Arbeitgebern auf friedlichen Wege und wieder bei anderen durch Arbeitsniederverlegung (Bauarbeiter) den Vertrag durchgeführt. Bedauerlich war hierbei, daß gewisse freiorganisierte Maurer, welche schon acht Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert waren, trotzdem Streiktreter wurden. Wir wollen in der Zukunft in unserer Verwaltungsstelle das Beste hoffen, allem Ansehen nach gibt es eine bessere Konjunktur auf der ganzen Linie. Alles in allem genommen können wir mit Rücksicht auf die Verhältnisse zufrieden sein, und sagen wir allen Kollegen der Verwaltungsstelle Oberhausen zum Schlusse warmsten Dank für ihr eifriges Arbeiten, hoffentlich werden sie nicht erlassen.

Rheinspringe. Zu unserer letzten Mitgliederversammlung wurden zum Vorstand gewählt die Kollegen Gustav Eberhardt als Vorsitzender, Friedrich Eberhardt als Kassierer und Stephan Jacob als Schriftführer, die Kollegen Erich Gerlach und Adolf Diedrich als Revisoren. Der Vorortbeitrag wurde auf 30 Pf. gesetzt. Zum Berichterstatter der „Baugewerkschaft“ meldeten sich freiwillig die Kollegen Heinrich Germershausen und Stephan Jacob.

Warburg. Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt, zu der auch Kollege Werner erschienen war. Aus dem von Kollege Baderer erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß zwölf Versammlungen stattfanden und die Mitgliederzahl von 87 auf 104 gestiegen ist, mitin eine Zunahme von 17 Kollegen. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Joh. Baderer als 1. und Kollege Ludwig Ecke als 2. Vorsitzender, Kollege Josef Jacob als 1. und Kollege Wilhelm Sieger als 2. Kassierer, Kollege Karl Breite als 1. und Kollege Heinrich Altmann als 2. Schriftführer, Kollege Karl Beams und Kollege Josef Meier als Revisoren. Kollege Werner erhielt die neu erwahlten Vorstände an seine Pflichten und forderte zu eifriger Agitation auf, damit auch das neue Jahr ein Jahr des Fortschritts sei.

Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Wiesbaden. Sonntag, den 24. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung war Kollege Guttauf auf den Anfang des Jahres 1908 hinzu, der für das gesamte deutsche Baugewerbe sehr kritischer Natur zu werden scheint. Der Tatschablanc für fast alle größeren Bezirke Deutschlands einerseits und die niedergehenden Konjunktur andererseits vertrat allein allseitige Anzeichen. Daß dies vom Arbeitgeberverbund für das Baugewerbe angedrohte Aussterzung nicht zur Tat wurde, ist zum großen Teil auf die gleichzeitigen Arbeitserorganisationen im Baugewerbe und deren Ein-

fluß in der Öffentlichkeit zurückzuführen. Mit dem zurzeit bestehenden Tarifvertrag für das Baugewerbe, der das Resultat einer mehr als 90stündigen Verhandlung ist, können wir uns unter Erwägung der verschiedenen Umstände entscheiden. Während der zweijährigen Vertragsdauer steigt der Durchschnittslohn für Maurer um 4 Pf. für Zimmerer und Bauhilfsarbeiter um 6 Pf. pro Stunde. Wenige Tage nach Abschluß des Tarifvertrages enthielt der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe ein schon längst bei ihm gereistes Geheimnis. Den unparitätischen Arbeitssatz ist es.

Durch die Maßnahme, daß jeder Arbeitgeber, der Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, seinen Bedarf an Arbeitern ausschließlich von dem „Arbeitsnachweis“ decken muß, und „Arbeitsnachweis“ in jedem einzelnen Falle mit 10 M. Strafe belegt werden, hat der Arbeitgeberverband eine scharfe Waffe gegen die Arbeiterorganisationen geschaffen. Aber auch die Leidende dieser Institution kann und muß eine andere wehren, wenn alle Kollegen gewillt sind, für einmal klar erkannte Rechte Opfer zu bringen. Es dürfte kaum zu viel behauptet sein, daß die sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände in München durch ihre offensivartige Vorgehensweise Geburthilfe zu dem vorerwähnten Arbeitsnachweis geleistet haben. Raut Mittteilung der „Baugewerks-Zeitung“ ist die Tätigkeit des Arbeitsnachweises des Verbandes der Arbeitgeber für das Baugewerbe im Monat Dezember 1908 folgende gewesen: Von 200 Arbeitgebern wurden 1822 offene Stellen gemeldet, welche sämtlich besetzt werden konnten. Diese verteilten sich auf Maurer 219, Zimmerer 134, Bauhilfsarbeiter 969. Zahl der Nachfragenden nach Arbeit war 2278. Das Baugewerbe liegt in München tatsächlich schon fast ein Jahrzehnt darunter. Aufgrund der Ausstellungsbaute und der großen hier herrschenden Wohnungskalität hoffte man älterwärts auf eine Neubebauung des Baumarktes, was aber leider nicht zutraf. Wenn nicht alle Zeichen trügen, diente das Jahr 1909 ein besseres werden, da neben mehreren öffentlichen Bauten Staat, Gemeinde und mehrere Baugewerkschaften den Bau von Kleinwohnungen bereits in Angriff genommen haben. Die Aufnahme einer Wohnkalität ergab, daß fast alle Kollegen den im Tarif festgelegten Durchschnittslohn, sogar ein Teil einen höheren Lohn erhalten. Versammlungen wurden abgehalten: 15 Mitglieder, 13 Beziehungs-, 2 öffentliche Versammlungen, 8 Vertragsmänner und 5 Ausschüsse.

Der Verfassungshof hat im Berichtsjahr viel zu wünschen übrig gelassen und wurde der Wunsch ausgesprochen, dieses im heutigen Jahre nachzuholen. Aus dem Kassenbericht, welchen Kollege Stegmüller und Pangerl gab, war folgendes zu entnehmen: Die Gesamteinnahmen betrugen 1839,92 M., die Gesamtausgaben 1622,33 M. Bestand der Kassafasse 217,59 M. In der sich anschließenden Debatte wurde dem Vorstand und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden Kollege Guttauf als erster, Kollege Babinger als zweiter Vorsitzender, Kollege Stegmüller als Verwaltungs-, Kollege Pangerl als Baudelkennstatter, Kollege Hirsch als erster, Kollege Fuchs als zweiter Schriftführer, die Kollegen Neumeier und Buh wurden als Revisoren, Kollege Jakob Hirschler als Titelkontrolleur und Bibliothekar gewählt. Des weiteren wurde eine Neuregelung des Versammlungswesens beschlossen. An Stelle der 14-tägigen Mitgliederversammlungen wurden Bezirkversammlungen eingeführt, die Stadt in vier Bezirke geteilt und Bezirksführer gewählt. Zum Schlus dankte unser Bezirksleiter Kollege Brückner noch dem Vorstande, den Vertrauensmännern und Haussässern für ihre Mühe und Aufopferung und ermahnte die Kollegen, im heutigen Jahr mit Fleiß und Ausdauer in die Agitation einzutreten und dadurch unsern Verband die ihm gehörende Stellung zu verschaffen. Heraus schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bauhilfsarbeiter.

Berlin, den 6. Februar. Unsere Generalversammlung war mangels Platz beschränkt. Kollege Thorac erstattete den Kassenbericht. Die Einnahmen der Bahnhöfe betrugen für das Jahr 1908 2276,50 M., Kassenbestand vom Jahre 1907 797,09 M., Summa 3073,57 M. Davon wurden an die Verwaltungsstelle abgeführt 1193,52 M. Ausgaben hatte die Volkskasse 1413,06 M. verbleibt 155,68 M., Epe 40,54 M., Siegen 500, — M., Hamm-Börs 400, — Freiburg (Brsg.) 38,20 M., W.-Eichenbach 12,27 M., Trier 552,39 Düsseldorf 1600, — M., Oppeln 424,12 M., Gr.-Glogau 271, — Neuviel 108,72 M., Haußen 42,50 M., Landau 117,69 M., Danzig 530, — M., Kemneth 459,18 M., Bösenbüttel 29,65 M., Böckingen 800, — M., Bamberg 58,87 M., Neuendorf 5,45 M., Gladbeck-Böckingen 48,65 M., Dingelstädt 120,38 M., Hönebeck 16,98 M.

Gesamtbericht. Der Vorsitzende berichtete darüber, daß die Zahl der Schlachttiere bei 9: 136 273 Stück weniger 11 151 Stück. Döhren 575 449 mehr 33 172. Küllen 428 491 mehr 10 187. Kühe 1 599 793 mehr 31 262. Jungkünder 938 710 mehr 12 298. Stalber 4 371 379 mehr 164 031. Schweine 16 397 934 mehr 303 285. Schafe 2 185 926 weniger 111 287. Ziegen 404 698 mehr 45 151.

Zusätzlich also die Zahl der geschlachteten Pferde, Kinder und Schafe erheblich kleiner war, als im Jahre 1906, ist dennoch infolge der außerordentlichen starken Steigerung der Schweineschlachtungen und der Vermehrung der Kalber- und Ziegen schlachtungen der Gesamtgeschäftsvorstand für das Jahr 1907 erheblich größer gewesen, als im Jahre 1906. Die jetzt vom Kaiserl. Gesundheitsamt auf Grund eingehender Erhebungen in den verschiedensten Gegenden des Deutschen Reiches gewonnenen Durchschnittsgewichte für das Schlachtwicht der geschlachteten Tiere sind folgende: 1 Pferd 235 kg., 1 Döhe 230 kg., 1 Kühe 340 kg., 1 Küch 240 kg., 1 Stück Jungvieh 185 kg., 1 Schwein 85 kg., 1 Schaf 22 kg., 1 Ziege 16 kg. Legt man diese Zahlen nach Abrechnung der Verlustungen geschlachteter Fleischvorräte zu, so ergibt sich ein tatsächlich verfügbar gewesener Fleischvorrat:

	1907	gegen 1906
Pferdeleisch	31 573 915 kg	weniger 2 639 972 kg
Kinderleisch	872 138 082	21 054 382
Kalbsleisch	174 314 154	mehr 6 164 775
Schweineleisch	1 392 091 663	257 684 575
Schafleisch	48 933 932	weniger 2 449 391
Ziegenleisch	7 895 564	721 749
	2 526 047 310 kg	mehr 238 427 454 kg

Allein aus den sogenannten gewerblichen Inlandschlachtungen, also ausschließlich der Haushaltsschlachtungen und ausschließlich des Einfuhrüberschusses an Fleisch und Ziegen haben danach im Jahre 1907 pro Kopf der Bevölkerung rund 40,74 kg. Fleisch zur Verfügung gestanden und ist damit der bisher höchste Betrag pro Kopf im Jahre 1904 von 39,75 um rund 1 kg. übertragen worden.

12 Millionen Mark für die Berliner Armenpflege. Der Stadtrat der Berliner Armenverwaltung weist für das

nächste Etatjahr die Summe von rund 12 Millionen Mark als Ausgabe auf. Die größte Summe, nämlich nähernd 10 Millionen Mark, ist für Unterhaltsungen, rechnet, für Erstattungen an auswärtige Armenverbände sind 535 000 M. angelegt, auf 890 000 M. werden die Ausgaben für Kur- und Verpflegungskosten und auf 195 000 M. werden die Ausgaben für Heilmittel geschätzt. Bevölbung der Armenärzte kostet 212 000 M. und für Armenpflege sind 64 000 M. angelegt.

Ein Gesetzentwurf über die Trunkraub in Österreich. Dem österreichischen Parlament ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Bekämpfung der Trunksucht ins Auge faßt. Zunächst will der Entwurf die Konzessionspflicht des Handels mit geistigen Getränken herbeiführen, dabei soll das Verhältnis zum Staat der Bevölkerung stehen. Beobachtungen nach dem Entwurf uneinholbar sind. Ferner sind Stimmen zugetragen worden für Personen, die an öffentlichen Orten wiederholt betrunken gewesen sind, und für Personen, die Betrunkenheit noch alkoholische Getränke verkaufen.

Soziale Wahlen.

Buer, 8. Februar. Bei der Vertreterwahl zur Deputationskasse, welche heute stattfand, erhielten die christlichen Kandidaten 159 Stimmen, die sozialdemokratischen 68. Es wurden 38 Vertreter gewählt.

Briefkasten.

Elberfeld, Pr. Besten Dank für die Zusendung des Wissensberichts. Was soll man darüber sagen? Das impulsiven Neuigkeiten, die allerdings keine gute Erziehung raten. Es spricht anscheinend auch eine gewisse Stelle für eine gewisse Schlagwörterparole daran. Mit zunehmendem Alter schlägt man ruhiger werden. Wir wollen es daher nicht tragisch nehmen, zumal das mit dem „viel größeren Lümmel“ bestens stimmt.

An eine Reihe von Schriftführern. Die Versammlungen berichten häufig in der letzten Zeit darauf, daß es uns möglich ist, trotz starker Kürzungen sie alle anzunehmen. Redaktionsschluss dieser Nummer lagern hier 48 Berichte, runder Bandwürmer von 6—12 Seiten, die darum aber besser werden könnten. In der Gegenzeit, abgesehen von der Arbeit, wir mit dem Überarbeiten haben. Wollten wir alle Berichte annehmen, könnten wir die „Baugewerkschaft“ vollständig Versammlungsberichten ausfüllen. Und das wird wohl im nächsten Jahr wieder die Schriftführer inständig um Mäßigung ihrer Schreibintervalle bitten, vor allem sollten sie gründlichst kürzen. Des ferneren können „Liebenswürdigkeiten“ Briefe und „Erinnerungen“ unterbleiben, da sie doch ihren Zweck verfehlten. Das Organ gegenwärtig erscheinen zu lassen und dafür wöchentlich 4—500 mehr auszugeben, das sind die ganzen Versammlungsberichte nicht wert. Wir bitten also nochmals um „Mäßigung“.

Bekanntmachungen.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin 9, 17, Wildesdorfer Str. 6 zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postablaß anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 14. Februar 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

Beiträge und Eintrittsgelder: Dortmund 998,32 Essen 1603,64 M., Warburg 2,10 M., Wehlau 33,76 M., Borken 500,78 M., Gildeheim 139,89 M., Emden 10,— M., Mülheim (El.) 573,33 M., Frankfurt 732,05 M., Düsseldorf 78,05 M., Venecia 55,68 M., Epe 40,54 M., Siegen 500, — M., Hamborn-Mörs 400, — Freiburg (Brsg.) 38,20 M., W.-Eichenbach 12,27 M., Trier 552,39 Düsseldorf 1600, — M., Oppeln 424,12 M., Gr.-Glogau 271, — Neuviel 108,72 M., Haußen 42,50 M., Landau 117,69 M., Danzig 530, — M., Kemneth 459,18 M., Bösenbüttel 29,65 M., Böckingen 800, — M., Bamberg 58,87 M., Neuendorf 5,45 M., Gladbeck-Böckingen 48,65 M., Dingelstädt 120,38 M., Hönebeck 16,98 M.

Guträte: Dortmund 4,35 M., Oppeln 30, — M., Münster 45 M.

Broschüren und Erfaszbücher: Dortmund —, 50 Berlin 5,20 M., Paderborn 6, — M.

Überbrückige Streitunterstützung: Mülheim (El.) 21,10 M.

Stempel